

Bezugspreis:
Vierteljährlich 90.— M., monatlich 30.— M.
Post ins Haus, notaus zahlbar. Folgebogen: Monatlich 10.— M., ggf. Zusatzengebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Preussische Provinzen und die Schweiz. — Eingetragene in die Post-Zensur-Verzeichnisse. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Beim Wein“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Normzeile (10 Zeilen hoch) kostet 1.— M. (zuzüglich zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 60 Hg. Einzeilenanzeigen das erste Wort 65 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg. Wochenschriftenanzeigen für Abonnenten 75 Hg. — M. politische und gewerkschaftliche Betriebs-Anzeigen 1.— M. die Zeile ohne Ausschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptredaktionsbüro, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Donnerstag, den 10. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Bayern gegen das Reich.

München, 9. Februar. Heute abend wurde die folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben.

Die Berliner Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten gab in Bayern Veranlassung zu eingehenden Beratungen sowohl im Ministerrat wie im Schoße der Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen stand für Bayern naturgemäß die durch die Pariser Noten der alliierten Mächte ausgesprochene Forderung der Entlassung und Auflösung der Einwohnerwehren, deren Erhaltung für Bayern nach wie vor nach der übereinstimmenden Anschauung aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage bedeutet. Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der alliierten Mächte niemals außer Acht gelassen, so oft sie auch ihren Standpunkt in dieser Frage prüften und bis heute stets unverändert festgehalten haben. Bei neuerlicher Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte und bisherigen Besprechungen ergab sich, daß dieser Standpunkt, der ausschließlich durch die Sorge um den staatlichen Wiederaufbau bestimmt wird, auch durch die neue Lage nicht umgestoßen werden kann und daß die gleichen Gründe, die von Anfang an ihn notwendig machten, ungechwächt weiterbestehen.

Die Einheit des Reiches stand für alle Beteiligten dabei außer Frage. Einem separatistischen Gedanken ist während der ganzen Verhandlungen auf keiner Seite auch nur ein Augenblick Raum gewährt worden.

Die endgültige Fassung der an die Reichsregierung zu richtenden Note wird am Donnerstagsvormittag erfolgen.

Dieser bayerischen „Verlautbarung“ ist zunächst zu entnehmen, daß man zwischen Bayern und dem Reich schon so weit gelangt ist, „Noten“ untereinander auszutauschen. Das ist ein für die Reichseinheit vielversprechender Anfang. Im übrigen ist aus der Verlautbarung nicht zu erkennen, was Bayern nun eigentlich tun will, um die Reichseinheit zu erhalten, zu der sich die Ruhr-Regierung wie immer mit den Lippen bekennt.

Die sehr schätzenswerte Meinung der „beteiligten Faktoren“ über die Notwendigkeit der Einwohnerwehren ist ebenso oft schon ausgesprochen wie durch gewichtige Stimmen aus Bayern selbst widerlegt worden. Die Meinungen der beinahe königlichen bayerischen Staatsregierung interessieren uns gar nicht, ihre Taten aber desto mehr!

Die deutsche Regierung könnte nicht die Politik treiben, die sie in Übereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit für richtig hält, wenn die bayerische Einwohnerwehr in der jetzt gefestigten Frist nicht aufgelöst und entwaffnet würde. In diesem Fall müßte entweder eine Ruhr-Escherich-Diktatur über ganz Deutschland errichtet werden, oder die deutsche Regierung müßte erklären, daß der Macht- und Verantwortungsbereich Deutschlands an den bayerischen Grenzpfählen sein Ende findet.

Soll diesen beiden Eventualitäten, die beide die Zerkümmerng des Reiches bedeuten, aus dem Wege gegangen werden, dann muß die bayerische Einwohnerwehr entwaffnet und aufgelöst werden. Die zu erwartende bayerische Note muß in diesem Punkt deutlich Ja oder Nein sagen. Sagt sie Nein, dann ist das eben nicht mehr und nicht weniger als ein Kündigungsbrief an das Deutsche Reich.

Die Reaktion, die jetzt mit listigen Worten um die Gunst der preussischen Wähler wirbt, bewährt sich wieder einmal als das, was sie stets gewesen ist, als reichszerstörende Macht. Sie hat vor fünfzig Jahren die Gründung des Reiches bekämpft und sie hat das Reich in die Katastrophe des Weltkriegs und in die Niedertage geführt. Wie durch ein Wunder — in Wirklichkeit aber nur durch die reichserhaltende Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft — gelang es zu verhindern, daß das Reich bei seinem tiefen Sturz in Stücke zerbrach. Ueberall war es die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die sich zur deutschen Einheitsrepublik bekannte und alle Spaltungsbestrebungen niederzuschlug. Jetzt aber soll auch das letzte, das gerettet worden ist, die Reichseinheit, in Stücke gehen an der hartköpfigen und engstirnigen Politik des „Ordnungsstaates“ Bayern.

Heim heßt.

Die Bayerische Landesbauernkammer hat in einer von ihrem Präsidenten Dr. Heim gezeichneten Entschließung gegen das unerfüllbare Pariser Diktat Stellung genommen und die Erwartung ausgesprochen, daß die deutsche Regierung nicht die deutsche Einheit dadurch füttert, daß sie jenen Teil des Pariser Diktats erfüllt, der die Entwaffnung der bayerischen Selbstschutzorganisationen im Widerspruch mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages von uns verlangt. Wenn eine deutsche Regierung sich dazu entschließen würde, die bayerische Einwohnerwehr zu opfern, so würde sie dadurch ein würdeloses Opfer bringen.

Der Schiedsspruch in den Gemeindebetrieben

Gestern nachmittag trat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zusammen, um erneut über die Forderungen der städtischen Arbeitnehmer zu beraten. Wegen der Wichtigkeit des Verhandlungsgegenstandes erhielt die Spruchkammer insofern eine ungewöhnliche Besetzung, als die Verhandlungen von drei unparteiischen Vorstehenden geleitet wurden.

Zuletzt vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wies namens der städtischen Arbeiterschaft darauf hin, daß nach der Ablehnung des Vergleichsvorschlages durch den Magistrat die Arbeiterschaft ihre alten Forderungen als Verhandlungsgrundlage aufstellt. Stadtrat Belle und Oberbürgermeister Boeh wiesen nochmals auf die ungeheure schwierige Lage der Stadt hin und betonten, daß diese die durch die Bewilligung der Arbeiterforderungen entstehende Mehrbelastung nicht tragen könne. Sämtl. der als Vertreter der Elektrizitätsarbeiter auftrat, betonte hingegen, daß Berlin durchaus kreditfähig sei, da die Schuldenlast geringer sei als sein Grundbesitz. Die Kammer zog sich darauf zur Beratung zurück und fällt den nachstehenden

Schiedsspruch:

Die Stadt Berlin wird für verpflichtet erklärt, rückwirkend vom 1. November 1920 ab den bei ihr beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen einen 15prozentigen Zuschlag auf den Grundlohn und den von ihr beschäftigten Angestellten einen 15prozentigen Zuschlag auf das Grundgehalt zu gewähren. Die minderverwerbsfähigen männlichen Arbeiter sollen 3 M. pro Stunde, die minderverwerbsfähigen Frauen 2,60 M. pro Stunde vom 1. November 1920 ab als Lohn erhalten.

Die bereits auf die Zuschläge gezahlten Vorschüsse sind anzurechnen.

Ausgenommen von den Zuschlägen sind nur die Jugendlichen.

Diese sind jedoch nicht verpflichtet, die auf die Zuschläge erhaltenen Vorschüsse zurückzahlen.

Die den in Kost und Logis befindlichen Arbeitnehmern für Kost und Logis abzulehrenden Beträge sind zwischen dem Magistrat und den Betriebsräten unter Hinzuziehung der Organisationen zu vereinbaren. Es wird den Parteien aufgegeben, bis zum 1. März 1921 diejenigen Betriebe festzustellen, in denen Schlichtungsbefehl erteilt wird. Den denselben beschäftigten Arbeitern ist vom 1. November 1920 ab ein Zuschlag von

10 Pfennigen zu gewähren, soweit sie nicht bereits einen solchen in ihrer Eigenschaft als Schwerarbeiter erhalten haben.

Hinsichtlich der Lohnbeihilfen und aller Vorschriften der Ergänzungsbestimmungen, soweit sie nicht besonders geändert sind, bleibt es bei dem bisherigen Zustand. Die Elektrizitätsarbeiter erhalten während der Dauer des festgesetzten Lohnarbeits die erhöhten Lohnzuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeiten in Höhe von 25 Proz. bzw. 50 Proz.

Für Elektrizitätsarbeiter, die am 1. März 1921 oder später eintreten, gelten die regelmäßigen Zuschläge von 8 Proz. bzw. 25 Proz.

Dieses Abkommen gilt für unbestimmte Zeit. Kündigung kann nur zum Schluß eines Kalendermonats unter Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist erfolgen.

gez. Dr. Dellus, Dr. Arens und Dr. Oppenheim.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Verlängerung des Einspruchsrechts.

Berlin, 9. Februar. (WTB.) Die Interalliierte Kommission in Opatowitz hat die Frist für Einsprüche gegen Ablehnung der Eintragung in die Stimmlisten bis zum 22. Februar abends 6 Uhr in Oberschlesien eingehend verlängert. Es ist hiernach erforderlich, daß die Ortsgruppen der vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier die letzten Einsprüche spätestens am 18. Februar auf dem üblichen Wege zur Abendung bringen. — Wer nicht bereits eine von dem Paritätischen Ausschuss unterstempelte Mitteilung über seine erfolgte Eintragung in die Stimmliste erhalten hat, muß sich sofort bei seiner zuständigen Ortsgruppe melden und Einspruch erheben, desgleichen diejenigen, denen Ablehnungen oder bloße Empfangsbefestigungen zugegangen sind. Wer nicht Einspruch erhebt, verliert das Stimmrecht.

Berlin, 9. Februar. (WTB.) Da neuerdings von verschiedenen Stellen im Reich Geldsammlungen für die Volksabstimmung in Oberschlesien veranstaltet werden, wird erneut darauf hingewiesen, daß die einzige hierfür behördlich genehmigte Sammlung die „Grenzspende für Oberschlesien“, Berlin NW 32, Schlegel-Bekkenow, ist, deren Landesstellen von den Vereinigten Verbänden heimatreuer Oberschlesier und dem „Deutschen Schutzbund“ geleitet werden.

Nach London.

Eine französische Kammer, die einer zum Sturz noch nicht reifen Regierung ein Vertrauensvotum erteilt, beugt sich damit nur der Notwendigkeit, die ihr durch die französische Methode des Parlamentarismus auferlegt ist. Ein Vertrauensvotum solcher Art ist keine eigentliche Vertrauens- und Gebung, sondern weiter nichts als eine für beschränkte Zeit erteilte Vollmacht an die Regierung, im Namen des Landes zu handeln. Bei solchen Gelegenheiten stimmen diese Abgeordnete mit „Ja“, die im Grunde genommen Gegner der Regierung sind, und die ihr nur deshalb ein sogenanntes Vertrauensvotum erteilen, weil sie die Gelegenheit nicht für günstig halten, sie zu stürzen.

Briand ist der Verantwortliche des Pariser Abkommens. Nach der jubelnden Aufnahme, die dieses Abkommen in der gut eingepflegten Pariser Presse gefunden hatte, hätte man eigentlich erwarten müssen, daß ihn die Kammer wie einen Sieger empfangen würde. Das ist aber bekanntlich nicht der Fall gewesen, vielmehr hat sich der französische Ministerpräsident seiner Haut hart wehren müssen gegen diejenigen, die da fanden, das Pariser Abkommen biete Frankreich immer noch nicht genug.

Die Kritiker hatten recht, sie wußten nur nicht, wie sehr und warum sie recht hatten. Das Pariser Abkommen ist in der Tat nichts weiter als ein phantastisches Zahnsenspiel, und kein Siegel und keine Unterschrift Deutschlands vermöchte diesem Dokument den Charakter aufzuprägen, den es nach Frankreichs Absicht doch jedenfalls haben soll, den eines sichern Wertobjekts. Auf Ausschlässe gibt es keine Hypotheken, ein Plan aber, der Deutschland für 42 Jahre vorschreibt, was es in jedem Jahr zu bezahlen hat, ist und bleibt eben nur ein Lustschloß.

Die deutsche Regierung hat mittlerweile die Einladung nach London angenommen unter der Voraussetzung, daß dort auch die deutschen Gegenanschläge zur Erörterung gelangen würden, und unsere rechts- und linksbolschewistische Presse erhebt deswegen in brüderlicher Eintracht ein großes Geschrei über einen „Kanossengang“. Dabei gibt es keinen Menschen, der verständigerweise aus der bisherigen Haltung der deutschen Regierung hätte herauslesen können, sie beabsichtige, die Einladung nach London abzulehnen. Hätte etwas dergleichen aus der Rede Dr. Simons' herausgefunden, so wäre die sozialdemokratische Erklärung, die die Ablehnung von Verhandlungen fordert, jedenfalls anders ausgefallen.

In den Londoner Verhandlungen wird zunächst festzustellen sein, daß ein einmal geschlossener Friedensvertrag nur auf zwei Arten abgeändert werden kann: entweder durch Krieg oder durch ein freiwilliges Abkommen zwischen den Parteien, die den Frieden miteinander geschlossen haben. Die Pariser Kammerdebatte hat schätzenswertes Material zur Erörterung der — an sich ja ehrlicher Weise gar nicht bestreitbaren — Tatsache geliefert, daß das Pariser Abkommen eine sehr erhebliche Abänderung des Vertrages von Versailles darstellt. Diese Abänderung könnte Deutschland nur mit dem Schwerte aufzuzwingen werden, da es seine freiwillige Zustimmung zu ihr niemals geben wird. Wir würden dann durch ein kriegerähnliches Stadium hindurch — der blutige Kampf verbietet sich durch die Schwäche Deutschlands von selbst — zu einem neuen Frieden kommen.

Wird die Entente das Odium auf sich nehmen, den Vertrag von Versailles, ihr eigenes Werk, als einen „Fetzen Papier“ zu behandeln und Deutschland mit Gewalt einen abgeänderten Vertrag aufzuzwingen? Das wird sie höchstens dann tun, wenn ihre Staatsmänner ganz ungewöhnlich dumme sind. Sind sie das aber nicht, dann werden sie einsehen, daß dies nicht der Weg ist, Deutschland zur Wiedergutmachung leistungsfähiger und leistungswilliger zu machen. Heute sehen die Franzosen mit Betrübnis, daß es zwar verschiedene Leute gibt, die den Vertrag von Versailles loben, aber keinen einzigen Menschen, der auf ihn etwas borgt. Ein gewaltig revidierter Vertrag würde aber ein noch viel weniger kreditfähiges Papier sein.

Wollen die Alliierten den einzig gangbaren Weg zur Abänderung des Friedensvertrages gehen, nämlich den des freiwilligen Abkommens, dann ist es nichts mit den 42 heute schon zu bestimmenden Jahresraten und nichts mit der 12prozentigen Ausfuhrabgabe, denn auf diese Dinge wird sich Deutschland niemals einlassen. Dann bleibt ihnen nur die Wahl, sich auf den Vertrag von Versailles zurückzuziehen oder mit Deutschland über eine zu vereinbarende Abänderung zu verhandeln.

Die französische Presse möchte die deutschen Gegenanschläge, die jetzt im Auswärtigen Amt ausgearbeitet werden, mit einer Handbewegung abtun. Und zweifellos, wie immer diese Gegenanschläge aussehen werden, man wird sie drüber nach dem Grundsatze behandeln, daß man die Danaer fürchten müsse, auch wenn sie Geschenke bringen. Jeder deutsche Gegenanschlag, er möge wie immer geartet sein, wird zunächst in Paris mit Hohn und Entrüstung aufgenommen werden. Aber von seiner inneren Solidität wird es abhängen, ob er sich nicht eines Tages doch durchsetzt.

Eines Tages — denn wir haben Zeit, müssen sie haben! Anzunehmen, daß die Wiedergutmachungsfrage in London

ihre endgültige Lösung finden könnte, wäre vorläufiger Optimismus. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es zu einem Diktat kommen wird, das zu erlassen die Alliierten berechtigt sind, wenn es den Bedingungen des Friedensvertrages entspricht.

Die deutsche Politik kann danach nur darauf gerichtet sein, entweder jetzt schon ein vernünftiges Abkommen zu erzielen oder aber die Alliierten auf ihr eigenes Machwerk von Versailles, von dem sie mit allen Mitteln loszukommen versuchen, festzunageln. Deutschland wird darunter leiden, aber Frankreich wird dabei nicht auf seine Rechnung kommen. Es ist ein harter Weg, den Deutschland zu gehen hat, aber es ist der einzige, um die Entente zu Verhandlungen über eine vernünftige Revision reif zu machen.

Die Besserwisser von ganz rechts und ganz links möchten wir unter Beiseitefassung aller grundsätzlichen Probleme einfach vor die praktische Frage stellen, ob sie mit ihrem Gemisch von Orgeß und Koter Armee — Rampe mit Petroseum — den Rostkampff gegen die Entente aufnehmen wollen. Wollen sie das nicht, so mögen sie in München miteinander Krachung feiern, aber von den Lebensfragen des Volkes die Finger lassen!

Arbeitslose Bergleute auch in Frankreich!

Wir wiesen in unserer Mittwoch-Morgenausgabe auf die schier unglaubliche Tatsache hin, daß in einer Zeit von internationalem Kohlenmangel und im Augenblick, wo sich Frankreich anschickt, das Vierjahresabkommen von Spa zu verschärfen, 60 000 Bergarbeiter in Wales arbeitslos sind. Sehr stellt sich aber die womöglich noch unerhörtere Tatsache heraus, daß auch in Frankreich selbst Bergarbeiter auf die Straße gesetzt werden! Aus einem Artikel des Pariser Gewerkschaftsorgans „Peuple“ vom 3. Februar, der die Ueberschrift trägt: „Haben wir zuviel Kohlen?“ entnehmen wir folgende merkwürdige Einzelheiten über die Arbeitslosigkeit in den mittel- und südfranzösischen Kohlenrevieren:

„In Douet, in Commeny, in Romiey arbeiten die Bergleute seit dem 8. Januar nur drei Tage in der Woche; diese drei Tage beschäftigen insgesamt fünf bis sechshundert Arbeiter; in Bézenet, wo dreihundert Bergleute beschäftigt waren, wird vollständig gestreikt; in Singes (Bun-de-Dôme) ebenso; in Bosmoreau (Creuse), ist die Hälfte der Arbeiterkategorie entlassen; in Langeac (Haute-Loire) wurde sechzig Arbeitern gekündigt.“

Der Verfasser des Artikels, A. Gomot, ein Führer des französischen Bergarbeiterverbandes, erzählt nun, daß er bei einer Aussprache mit den höchsten Beamten der staatlichen Bergverwaltung über die bedauerndeste Lage dieser Arbeitslosen und ihrer Familien zu hören bekam, daß „man sich nicht allzu sehr beunruhigen dürfe. Die Situation, die einerseits durch eine beträchtliche Einfluß von Kohle, andererseits durch einen geringeren Verbrauch der Fabriken verursacht sei, würde nur von kurzer Dauer sein. Im großen und ganzen würde die Arbeit in den Bergwerken bald wieder ihren normalen Lauf nehmen, mit Ausnahme jedoch von gewissen Revieren in Mittel-Frankreich, deren Kohle minderwertig sei.“

Die Verdrücktheit der Zustände, die in Europa unter dem Kommando der französischen Regierung, d. h. der französischen Schwerindustrie, herrschen, kann gar nicht greller beleuchtet werden, als durch diese Tatsachen: denn die „beträchtliche Kohle einfluß“, die zur Entlassung von französischen Bergleuten führt, ist natürlich nichts anderes als die von Deutschland so dringend für die Beschäftigung der eigenen Industrie benötigte Ruhrkohle, die wir nach dem Diktat von Spa gratis abliefern müssen. Unsere Bergarbeiter müssen Ueberschichten unter jämmerlichen Ernährungsverhältnissen leisten; in Deutschlands Industriefabriken gibt es infolge der Kohlenknappheit Hundert-

tausende von Arbeitslosen und Millionen von Kurzarbeitern; Deutschland darf keine Kohle nach dem neutralen Ausland ausführen, wofür es billige Lebensmittel erhalten würde, sondern es muß sein wichtigstes Austauschprodukt ohne wirtschaftliche Gegenleistungen Frankreich überlassen; und jetzt soll sogar das Diktat von Spa verschärft werden, wieder einmal soll in London Foch mit seinem Säbel rasse n, eine Erhöhung der deutschen Kohlenlieferungen, eine Verschlimmerung der Sklavenarbeit der deutschen Bergleute erzwingen!

Unterdessen aber werden sowohl in England wie auch in Frankreich Bergarbeiter zu Tausenden entlassen! Ja, Frankreich ist jetzt sogar in der Lage, dank der deutschen Qualitätskohle, die es umsonst bekommt, Zechen, deren Erzeugnisse als „minderwertig“ bezeichnet werden, einfach zu schließen, eingehen zu lassen!

Auch in Preußen Bruderschaft!

Das Münchener Beispiel des großen Verdrückungstuntes und der gemeinschaftlichen nationalen Trunkenheit von Kommunisten und Wilden ist in Berlin Schule zu machen. Die „Deutsche Zeitung“, das extrem-deutschnationalistische Blatt, veröffentlicht mit großem Behagen die hüßigen Ausführungen der „Aktion Rache“ über den „Einlassung“ der deutschen Regierung, womit die Annahme der Einladung nach London gemeint ist. In dem Artikel wird die Regierung verhöhnt, weil sie zu Kreuze gerufen sei, weil sie den Ententeforderungen völlig ratlos gegenüberstehe, und schließlich bricht es:

Wahrlich, noch nie hat die deutsche Bourgeoisie, deren Geschichte Verrat an Verrat an den Interessen der Nation unheimlich, so rauh, so erbärmlich, so unwiderrüchlich Bankrott gemacht.

Da die „Deutsche Zeitung“ das alles ohne ein Wort des Widerspruches abdruckt, so kann das Blatt nur als Zeichen der Ueber einstimmung gedeutet werden. Will es Max Raurenbrecher abwechslungshalber einmal in Rationalboische wie mus versuchen?

Orgeß in Berlin bewaffnet!

In der Rodrik über einen „Waffenfund in Westend“ teilt das Polizeipräsidium mit:

Im Rahmen der Ermittlungen über das Vorkommnis des Kommando-Regiment hatte das Polizeipräsidium Ende November d. J. auch den Beweis für das Bestehen einer Berliner Geheim-Organisation, des sogenannten „Berliner Geheimarbeiterverbandes“, erbracht. Näheres über Aufbau und Struktur dieser Geheim-Organisation und insbesondere über ihre etwaige Bewaffnung ließ sich damals nicht feststellen. Ermittlungen der letzten Tage haben nun ergeben, daß der Berliner Heimatsverband tatsächlich über Waffen verfügt.

Es wurden am 5. d. Mts. in der Frankfurter zu Westend etwa 45 Maschinengewehre, 40 000 Schuß Munition sowie einige Karabiner polizeilich beschlagnahmt. Nach den polizeilichen Feststellungen sind diese Waffen von einem der Gründer und Leiter des Berliner Heimatsverbandes, dem Gerichtsassessor Dr. Hans Joachim Heyl, Charlottenburg, Berliner Str. 49, zusammen mit mehreren anderen Angehörigen des Heimatsverbandes nach Westend verbracht worden. Die Ermittlungen über die Herkunft der Waffen sind noch nicht abgeschlossen. Heyl und Genossen haben sich nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai 1920 sowie nach § 13 des Reichswehrverordnungsgegesetzes vom 7. August 1920 strafbar gemacht. Heyl selbst ist flüchtig; Fahndungsmaßnahmen gegen ihn sind im Gange.

Kommunistische Waffenfabrik in Turin? Der „Rain“ meldet aus Turin, daß die Polizei daselbst eine Waffenfabrik entdeckt habe, die Waffen für die kommunistischen Organisationen herstellte. Eine Anzahl Maschinengewehre wurde beschlagnahmt und die Führer der Organisation verhaftet.

Wer hat das Geld verjuxt?

In einer deutschnationalen Versammlung, die unlängst in dem Sammelkassen stattfand, betrauerte der Teutidonale Pastor Koch den Hinweg der avarischen Sparanleihe. Der König Friedrich Wilhelm I. (regierte von 1714—1740) habe 6 Millionen Taler erparnt, wie groß wäre die sozialistische Stadtgemeinde Berlin, wenn sie heute diese 6 Millionen Taler hätte!

Wir müssen dem Pastor Koch erklären, daß die seit einigen Monaten bestehende Gemeinde Groß-Berlin wirklich nichts dafür kann, wenn die 6 Millionen Taler des Königs Friedrich Wilhelms I. nicht mehr vorhanden sind. Sie sind nämlich gleich im ersten Schlesischen Krieg seines Sohnes und Nachfolgers Friedrich II. (1740—1786) draufgegangen. Allerdings hat auch Friedrich in einer späteren Regierungsperiode wieder Geld gesammelt, aber sein Nachfolger, Friedrich Wilhelm II. (1786—1797), hat in wüsten Orgien mit seinen Guren und Verassen nicht nur die Hinterlassenschaft seiner beiden Vorgänger verpraßt, sondern der „liebe liebe Wilhelm“, wie ihn seine Weiber nannten, hat in zehnjähriger Regierungszeit noch obendrein 27 Millionen Taler Schulden gemacht. Dieser sittenlose Verschwender auf dem Thron hat also mehr als das Bierbrot dessen verjuxt, was sein Großvater erparnt hatte. Daran ist das Berlin von heute schuldlos!

Schließlich möchten wir auch bemerken, daß uns von einer persönlichen Sparanleihe Wilhelms des Letzten auch nicht das mindeste bekannt ist. Sicher ist, daß dieser Mann, der zuletzt jährlich 20 Millionen Goldmark aus Staats-Einkünften und dazu noch mehrere Millionen aus Privateinkünften bezog, mit dieser immerhin doch recht ansehnlichen Jahreseinkunft niemals auskam, sondern ständig Schulden machte, wofür namhafte Berliner Bankhäuser leicht das Nähere mitteilen könnten.

Der Fall von Priesdorff.

In der Angelegenheit des entlassenen Polizeimeisters v. Priesdorff veröffentlicht die PPR. eine längere Darstellung, der wir folgendes entnehmen:

Es ist höchst kennzeichnend, daß gegen dieselben Blätter, die seinerzeit den Feldzug gegen Ministerialrat Dr. Abegg unmittelbar nach seiner Verurteilung eröffnet und kürzlich die unrichtigen Mitteilungen über eine „Rücklösung“ im Ministerium des Innern gebracht haben, nämlich die „Berliner Morgenpost“ und die Rechtspreß, jetzt gegen die Entlassung von Priesdorffs leidenschaftlich auftreten.

Die „Berliner Morgenpost“ hat sich von Herrn v. Priesdorff in verschiedener Hinsicht falsch unterrichten lassen. Bereits vor dem Kündigungsdekret sind mehrere Beschlüsse über den Kenntnis von Priesdorffs gebracht worden. Was die Stellung der Polizeibeamtenschaft zur Streikfrage betrifft, so hat Ministerialrat Dr. Abegg, wie allgemein nachweisbar und von sämtlichen Vertretern der Polizeibeamtenschaft zu bezeugen ist, vom ersten Tage ab unablässig gegen jede Beteiligung am Streik auf das Entschiedenste Front gemacht. Eine andere Darstellung kann Herr v. Priesdorff selbst nicht gegeben haben oder sie wäre bewußt unwahr.

Die Berufung eines Fachmannes war deshalb so dringend, weil bis dahin, d. h. Mitte August, trotz Verlauf von nahezu zwei Monaten seit der Ententencio von Heulogs nicht das geringste von Herrn v. Priesdorff hinsichtlich der unbedingt erforderlichen Neuordnung des Polizeiwesens geschehen war.

Die Aufwandsentschädigung des preussischen Ministerpräsidenten, Genosse Otto Braun verbleibt bekanntlich die Vertreter eines Ministerpräsidenten und Landwirtschafministers gleichzeitig. Dadurch erwarb der preussische Staat ein Ministergehalt, denn Braun bezieht als Landwirtschafminister nur eine Aufwandsentschädigung von 14 000 Mark. Wäre er ein Kontervater, so würde die deutsch-nationale Presse sagen: „Seht diesen edlen Mann, er opfert sich für das Staatswohl auf!“ Da es sich um einen Sozialdemokraten handelt, läßt sie über die doppelte Aufwandsentschädigung, obwohl diese den aus der „guten alten Zeit“ stammenden Bestimmungen entspricht.

„Kahenschritt.“

So heißt der allerneueste Tanz. Cat-Step! Hahnenritt, Krebs-tanz, Flöhspitz — natürlich englisch gespußt — können morgen Mode und damit „gesellschaftsfähig“ — wie wenig das freilich sagen will — sein. Die Mode, war sie noch so dumm, sie findet doch ihr Publikum!

Der Kahenschritt ist ein Beinausgehloges nach links und rechts, vor und hinten, ein hüpfendes Ausstreten. („Gehste weg, du Nazi!“) Das Springen geschieht nach dünnster Melodie mit zwei maulenden Nebengeräuschen. Der Reizfaktor ist Coruso dagegen.

Immerhin mag auch dieser „Tanz“ auf der Bühne dieselbe Berechtigung haben wie z. B. die Produktion der Hand- oder Kopfstandkünstler im Varieté. Wenige können's wirklich, und die sollen es zu ihrem Vergnügen oder Verdienst machen, wenn's geht.

Aber, Herr Sensgurkenfabrikant Odoltsche und Frau Madella Kürbislohn, müssen Sie „Kahenschritt“ tun? Und Regime, 3-33, Three-Step, One- und Two-Step und Feg-Exot? Zur Verschönerung Ihrer jeweils wenig klassischen Figuren!

Herr Odoltsche, Ihre Beine sind einfach immer außer sich. Ihre Armstauden geraden sich ständig zu verschlingen wie der überfüllte Zwölffingerdarm. Ihr Sensgurkenfabrikantenhaupt atmet Zentnerlast aus.

Sie haben so nicht die schönsten Beine. Frau Madella, aber Ihr Gesicht hat etwas Cosmotorenhaftes, Ihr Schapfe ist einfach hennenartig. Ihr Gefühl in Ehren, gnädige Frau, Sie halten das alles — an Ihnen! — für schmissig, nicht wahr?

Auch du, mondcheinbeladener Epoll, hüdtst dem „Kahenschritt“? Ach, die Gattin will's, die teure? Nimm deine Velerstetzen in acht, Freund, denn allzu zerbrechlich sind deine Sängerknochen! Nun sah ich wenigstens eine Paterna tanzen in dieser Nacht, mein Freund ...

Tanzender Geflügelkopf!
Berühmter Vater, können Sie auch zweibeiniges Hausgeflügel malen? Sehen Sie allen kleinen und großen Fischern Menschenköpfe auf und schreiben Sie darunter. Ballastion 1921. — Scherz beiseite. Man legt sich in den „modernen“ Tänzen Ernst, Grazie und Temperament nur vor. Auf Gegenseitigkeit. Keiner traut sich zu sagen, wie Müd das alles ist, weil er sonst abern gescholten wird. („Des Kaisers neue Kleider.“)

Der Two-Step „Lieschen, komm in die Diele, wo es Kofes, Kofes zum Kaffee gibt, — wo die blauen Kugeln klappern“ — jämmerlich klappern, ist besonders beliebt. So etwas tanzt man erst. Nachher wird nicht über den Popolschelschluos-Tanz der Feuerländer, er ist zumindest so modernschön! Nur natürlich und — verzehlicher.

„Mudi aus Kentucky, Liebes Schnucki, wie tanzt Du dich? Keiner hat so wie Du, Lieber, Keiner Mudi, Judd, zwei linke Füß!“

So der Schlagertext eines ebenso „schönen“ One-Step. Das sind unsere „Gesellschaftstänze“, Kulturmodell 1921, made in Germany unter amerikanischer Fagge.

Und „unsere gebildete, bessere“ Gesellschaft tanzt diese Tanzkritikatur, tanzt sie den Schieber Schweinchen und Schieberjünglingen nach, läßt Kunstjauche Parfüm werden, Entartung Mode.

Das „Paar aus der Bar“ singt in einem unbewachten, hellen Augenblick:

„Oft, so sprach mein Vater, es kommt stets der Vater nach dem besten Schmaus. Wenn die Nacht auch zuerfüllt ist, denk dran, daß der Morgen mies ist. Geh nach Haus und schlaf Dich aus!“

Gute Nacht, „Kahenschritt“ und Konferten! Sepp.

Der Milliardenwahn in republikaner Beleuchtung. Daß die Summe von 238 Milliarden Schmal, welche die Feinde von uns fordern wollen, eine enorm hohe ist, wird jedem Deutschen ohne weiteres klar sein. Die wenigsten aber werden irrtümlich sein, sich davon eine auch nur annähernd richtige Vorstellung zu machen, und so werden sie in unserer Zeit, in der wir gemohnt sind, im Staatshaushalt mit Milliarden zu rechnen, geneigt sein, sehr bald darüber zur Tagesordnung überzugehen. Es dürfte daher wünschenswert sein, sich diese Summe einmal genauer anzusehen.

Eine Minute hat 60 Sekunden, eine Stunde 3600, ein Tag schon 86 400 und ein Jahr 3 155 000 Sekunden. Gewiß eine große Zahl, und doch gehören über 7540 Jahre dazu, um einen Zeitraum von 238 Milliarden Sekunden zu durchlaufen — nach dem Börsenbericht vom 2. Februar d. J. wurde ein Goldstück von 20 M. gleich 240 Papiermark gewertet. Wenn man also jede Sekunde ununterbrochen Tag und Nacht eine Goldmark oder 12 Papiermark auszahlte, würde man 7540 Jahre brauchen, um unsere Milliardenschuld zu bezahlen. Das ist aber ein Zeitraum, bis zu dem die älteste Geschichte Chinas nicht und die Megapers nicht zurückreicht, also ein Zeitraum, den unser Menschengeschlecht in historischen Zeiten überhaupt noch nicht durchlaufen hat. — Nun will aber die Entente diese hohe Summe von schon in 42 Jahren bezahlt haben, das ist in rund dem 180. Teile der Zeit. Es müßten also jede Sekunde ununterbrochen ziemlich 180 Goldmark oder genau 2 154 Papiermark oder täglich 1 861 056 000 Papiermark gezahlt werden. Verteilt man diese Schuld gleichmäßig auf jeden Einwohner Deutschlands, so käme, da unser Volk 60 Millionen zählt, auf jeden, gleichviel, ob er arbeitsfähig oder Greis oder Säugling ist, täglich 3,10 M. oder 1131 M. jährlich. Nun will uns freilich die wohl-

wollende Entente diese Post in den ersten Jahren etwas erleichtern, dafür muß aber in den letzten 35 Jahren um so mehr, nämlich jährlich 6 Milliarden in Gold oder 72 Milliarden in Papier gezahlt werden. Es würden dann auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 1200 M. fallen. Ein Vater mit Frau und 4 Kindern hätte also, wenn die Post gleichmäßig pro Kopf verteilt würde, jährlich 7200 M. allein für die Entente aufzubringen.

Der Boche über alles! Sehr bezeichnend für den Gemütszustand der Franzosen ist folgender Witz, den der „Figaro“ bringt:

„Wir bewundern allzu sehr die Ausländer. Auf der Station Lamard der Nord-Süd-Untergrundbahn steht ein Automat mit Schokoladentafelchen. Er funktioniert nicht. Eine kleine Tafel zeigt an:

Der Apparat ist außer Betrieb. Ein Reisender, der sich auf dem Bahnsteige langweilt, hat mit Bleistift folgende Worte hinzugefügt:

Es gibt ein Boche darin.

Ein anderer Reisender ist hinzugekommen und hat, von ironischen Absichten erfüllt, seinen Bleistift genommen und folgende philosophischen Stoßseufzer hinzugefügt:

Wenn ein Boche darin wäre, würde er funktionieren.

Da schau einer. Wer mag das geschrieben haben? Das zeugt doch von einer schlimmen Geistesverfassung.“

Theater. Schiller's „Kungirou von Orleans“, die seit vielen Jahren in Berlin nicht aufgeführt ist, wird im Deutschen Theater vorbereitet. Regie führt Karlheinz Martin. Die Theaterrolle wird von Helene Timm gespielt. Die architektonische und landschaftliche Gestaltung übernahm Bruno Taut.

Konzerte der Staatsoper. Die Intendanz der Staatsoper wird in Ausführung ihrer kollektiven Verbindungen fortlaufend Konzerte zu ermäßigten Preisen veranstalten. Da das Opernhaus seit den Schänden des Repertoirs für Abdaltung der Konzerte nicht in Frage kommen kann, ist das Große Schauspielhaus für zunächst vier Tage gemietet worden. Das erste dieser Konzerte findet Sonntag, 27. Februar vormittags 4 1/2 Uhr, statt. Der Vorverkauf der Eintrittskarten (Preise von 4 bis 20 M.) beginnt an den Kassen des Großen Schauspielhauses, des Invalidenbundes und Betriebs, Samstag, 13. d. Mts.

Die Große Volkoper Berlin veranstaltet in der Frauerei Rühlhaff, Schönbacher Tor, eine Reihe von Dichterlesungen mit dem Vortrags-Orchester. 1. Konzert am 15. d. Mts. unter Leitung von Dr. Fritz Stiedry und unter Mitwirkung Kieg. Reichners (Staatsoper).

Sozialnachrichten. Herr Dr. Wilhelm Köllner, Mitglied der Reichsversammlung für Schiff- und Transportwesen in Hamburg und Vizepräsident an der heutigen Universität, ist zum ordentlichen Professor für Anatomie für Tiermedizin und Zoologie und Pathologie ernannt worden.

Eine Ausstellung holländischer Architektur in Deutschland wird der Ausstellung tolnändischer moderner Malerei und Bildhauerei, die von Berlin aus jetzt durch die großen deutschen Städte wandert, in nächster Zeit folgen. Beilage, der Schöpfer der Börse von Amsterdam, hat sich dafür eingelassen.

Der Kunsthistoriker Max Dvorak ist in Wien, wo er seit 1905 an der Universität lehrte, 46 Jahre alt, gestorben. Er hat als Professor wie als Lehrer — er war ein Schüler des hervorragenden Jean Blüthner — sich ausgezeichnet.

Groß-Berlin

Aus einer Polizeistube.

In Charlottenburg ist ein 20jähriger junger Mann namens D. von einer Polizeiwache in einem Zustand heimgekehrt, der das Entsetzen seiner Angehörigen erregte.

Er habe, um Mitternacht mit zwei Freunden heimkehrend, in der Lohmeyerstraße einen Mann bemerkt, der mit einer Frau eine tätliche Auseinandersetzung hatte.

Die Mutter lief nach in derselben Nacht sofort zur Wache und verlangte Feststellung der Beamten, wurde aber abgewiesen.

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

Das Kind war unruhig, weinte den ganzen Tag und nahm die Brust nicht. Den ganzen Tag hörte man vom Hofe her Föhren, Rufen und Schellengeläute.

Morgen gehen sie schon wieder weg... kommen erst im Sommer zurück... Es ist doch gut, daß auch die arme Anja ihren Anteil erhalten hat.

Dort stand Schemieffa allein auf der Diele, alle anderen in einem Kreis um ihn herum. Er tänzte um ein junges Mädchen, ein behändes und rotbäutiges, das sich wirbelnd herum, schnellte auf, suchte mitunter, während sich das Mädchen ruhig, kalt und stolz auf ihrem Platze drehte.

Berücksichtigung des Mitteltes urteilen wollen. Mit dem Polizeipräsidium werden alle anständigen Polizeibeamten wünschen, daß durch schnellste Untersuchung die dringend nötige Aufklärung der Affäre herbeigeführt wird.

Oeffentl. Wählerversammlungen

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Postamt: Restaurant „Zum Auerlächel“, Berliner Str. 102.

Freitag, den 11. Februar, abends 7 Uhr: 1. Kreis (Webling): Schulsala des Besing-Gymnasiums, Pankstr. 18.

Oeffentliche Frauenversammlung: Zeit: Schulsala, Bürgerstraße. Referentin Martha Joppa.

Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Angestellte in Handel und Industrie: Kasser-Säle, Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

Beamte und Angestellte der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden und der Eipo: Berlin: Schulsala, Montestraße 7.

Die Erneuerung der Straßenbahn.

Der Ausschuss zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn beendete heute seine Beratungen. Er beschloß, folgende Vorschläge den Fraktionen bzw. der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten:

- 1. Der Magistrat wird ersucht, baldigst die Vorbereitungen für die Einlegung einer endgültigen Direktion zu treffen.
2. Angestellte und Arbeiter sind systematisch zum wirtschaftlichen Denken zu erziehen, da durch rationellere Arbeitsmethoden Ersparnisse zu erzielen sind.
3. Die Hauptwerkstätte in der Uferstraße ist dringend verbesserungsbedürftig; das Materiallager ist nach kaufmännischen Grundsätzen zu verwalten.
4. Der Tarifvertrag mit den Arbeiterorganisationen vom 1. Juni 1920 bedarf einer gründlichen Revision, insbesondere die Abzüge 9 (Zahlung der Wochenlohnsteuer), 11 (Krankentage), 12 (Arbeitslohn) und 13 (Lohnzahlung für die Zeit, in der nicht gearbeitet wird).

Die neue Straßenbahndirektion. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung den bisherigen Prokurist und kaufmännischen Leiter der Bahnabteilung der A.G., Sädle, sowie den Oberingenieur Fiorr, langjährigen Chefingenieur der Straßenbahn Buenos Aires, dann Hamburg, vorbehaltlich späterer endgültiger Regelung der Direktionsfrage, zu kommissarischen Direktoren der Berliner Straßenbahn ernannt.

Die Osthafen-Diebstähle.

Der Magistrat beschäftigte sich gestern mit den Zuständen auf dem Osthafen. Trotzdem die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, lag ein so schweres Material gegen den Direktor und den Betriebsrat vor, daß der Magistrat deren sofortige Entlassung beschloß.

Die Wahlen zum Bezirksamt IV.

In der gestrigen Versammlung des Bezirksamts IV (Prenzlauer Tor) fand die Wahl der Bezirksamtsmitglieder statt. Das Ergebnis war folgendes: zum 1. Bürgermeister Paul John (U.) mit 52 Stimmen, zum stellvertretenden Bürgermeister Gewerkschaftssekretär Karl Bauer (S.P.D.) mit 38 Stimmen.

Berliner Räuber auf Reisen.

Waffenräuberbanden treiben in steigendem Maße wieder ihr Unwesen in der näheren und ferneren Umgebung Berlins. Wahrscheinlich geben alle diese Raubzüge von Berlin aus und werden von gewerkschaftlichen Verbrechern planmäßig unternommen.

hierher? Wenn er doch käme? Er muß kommen, wenigstens um sein Kind zu sehen, wenn auch nicht meinetwegen. Die alte Wirtin und auch Anja lassen ihn nicht gehen, ohne daß er bei uns gewesen ist.

(Fortf. folgt.)

GEBR. WOLFF & KELLER

BERLIN W8
Leipziger Str. 29

WEKA-HAUS
Ecke Friedrichstr.

H

aus dem reichhaltigen
Lager unserer Spezial-
Abteilung für vornehmste
Herrn-Wäsche-Ausstattungen.

OBERHEMDEN
PYJAMAS
KRAGEN
KRAWATTEN
STRÜMPFE
TRIKOTAGEN



3 Tage

Morgen
letzter Tag
des Sonderverkaufs

ERSTKLASSIGE
HERRENSTOFFE

stehen in sehr großen Partien für
Anzüge, Ulster, Damen-Kostüme u.
Damen-Mäntel meterweise z. Verkauf

SERIE 1 140cm br. das Meter **87.-**
SERIE 2 140cm br. das Meter **107.-**
SERIE 3 140cm br. das Meter **127.-**

Zum Verkauf kommt

AUSSCHLIESSLICH QUALITÄTSWARE
ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis!

Bezirksverband Berlin
S.P.D. — 33. Abt.
Nahent.

Am Sonntag den 6. Febr.
veranst. Vorstand der Genoss.
Andreas Dillberg
Gefühlshaus Str. 50.
Er grüßte die Partei
am unteren Ende seit dem
Jahre 1903 an. 173 17
Ehre seinem Wadent!

Direkt ab Fabrik!

L. solid, Aus ührig, dauerhafte
Bauart, bestes Material



Kasten- und Leiterwagen
90 100 110 120 cm Kant-
länge
105-213-230-290-
gegen Voreinsendung des
Betrages (Postcheckkonto
Nr. 24826 Hannover)

Hildesheim-Hamelner
Holzwaren-Industrie
Hildesheim 4. 50

An die freigewerkschaftlich organisierten Funktionäre und
Vertrauensleute aller Gemeindebetriebe Groß-Berlins!

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr,
in der Köpcke-Brauerei, Prenzlauer Allee 212:

Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tagesordnung:

- Bericht über den Spruch des Schlichtungs-Ausschusses vom 2. Februar er.
- Diskussion und Beschlußfassung über etwaige Maßnahmen.

Zutritt haben nur Funktionäre der unterzeichneten Organisationen unter Vor-
zeigung ihres Ausweises und Mitgliedsbuches.

Die Ortsverwaltung:

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verband der Maschinisten und Feiler.
Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiten.
Zentralverband der Angestellten.

Kupfer, Rotguß,
Messing usw.

Kauft zu den höchsten Tages-
preisen
Buckower Str. 12, Ecke Dres-
dener Str.

Metallbetten

Stahlrohrbetten, Rind-
betten, Voller an Iebemann.
Rotalog fr. Eisenmöbelabrik,
Suhl in Thür. 82/15

Aerzil, Hellanstalt vorm. Dr. Dammann
Spezial-Behandlung
für alle Geschlechtskrankheiten
nach langjährig bewährtem Verfahren.
Berlin W 300, Potsdamer Str. 123 B.
Sprechstunden 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.
Bei Angabe des Leidens wird belehrende Broschüre
diskret verschlossen ohne Absender gegen 1 M. zuges.

Hochelegante, aparte
Schlafzimmer
weiß- und eichenbelegert,
Schrank, 181 cm. oval, facet. Spiegel, große
Prisicrtoilette, mit drei -pielein, große Betten,
Umbau, Apotheken, Matratzen usw.
ermäßigt auf M. 5950.—
Kleinere Schlafzimmer, saubere Ausführung,
we. Stuck, komplett von M. 2975.— an.
Eigene Lackerei.
Görlitz, Charlottenburg Wilmsdorfer
Str. 36.
Bill. Quelle auch für Wiederverkäufe.

PHILIPP
SCHEIDEMANN
DER
ZUSAMMENBRUCH
1914-1918
PREIS 30 MARK
Verlag für Sozialwissenschaft Berlin SW.68
NEU

Jede kluge Hausfrau
wäscht mit
"Gauger"
Reine Wäsche ohne Mühe
Wieder in seiner rühmlichst
bekannt. Qualität überall erhält
Neuer Preis M. 1.00, 1.20, 1.50.

Metalle
Metallabfälle
Metall-Rückstände
Chemikalien
Telegramm-Adresse: Tefloin
Telephon: Nollendorf 944, 945, 946
Th. Flörshiem & Cie.
BERLIN W. 57
Potsdamer Straße 74

W. Voßberg
Telephon:
Steinplatz 307-308
Eintragungen
in die neue
Brikettkundenliste
nur noch bis 10. Februar
an dem Lagerplatz:
Halensee, Heilbronner Straße 15
Koks für Zentralheizung

NEU!
Gartland-Parzellen
zur Bewirtschaftung. Kapital-
anlage, auch zur Erzeugung von
Einkünften, sehr bequem
erzielbar, von
85 Mk. an die Q.D.
Lustort und Sonntag.
Niederhöhenhausen, Kaiser-
Wilhelm-Str. 47, am Straßen-
bahnhof Heerdenb.
S. Joseph, Amt Wobitz 8875
Homöopath. Institut
Geschichts-, Heil-, Harnfeld,
Fad in Urin-Verunreinigung, trische
u. alte Fälle. Schnelle, sich-
schmerzli. Bhdg. 30 Jähr. Prax.
Harde, Friedrichstr. 112b,
Oranienb. Tor. Spr. 9-2, 4-8.
Hausierer kauft, Rosenstr.,
Kragensnäpfe, Strickbinder,
Socken, Manchesterhosen u.
Westen äußersi preisw. J. Alt-
berg, Neukölln, Burgstr. 104.

Ankauf Verkauf
**Perlen
Juwelen**
Sehr großes Silberlager
Margraf & Co. Gz
Kanonenstrasse 9
Tauentzienstrasse 18a.

Münzstr. 24 Erste Etage **BERLOWITZ** Münzstr. 24 Erste Etage
Herrenstiefel Goodyear Welt **149,-**



Gold - Vertretter gesucht. Prospekt gratis.

Fink - Fachkundige Beratung. Reparaturen aller Halter.

Berlin V., Friedrichstr. 74, gegenüber Kaiser-Café.

Spezial-Arzt Dr. Stette für alle Geschlechts- u. Hautkrankheiten.

Dir.: A. Löser sen. - Nur Rosenthalerstr. 69-70

Zinn u. Blei - Metallschmelzwerke, Waldemarstr. 74.

Metallankaufsstelle - Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Lebensmittel

Fleisch

Suppenfleisch... Pfund 11.50
 Rinderbrust... Pfund 12.50
 Rinderkamm... Pfund 12.50
 Schmorfleisch... Pfund 13.50
 Kalbvorderfleisch... Pfund 12.00
 Kalbskeule... Pfund 13.00

Weißer Bohnen... Pfund 1.00
 Riesen-Erbesen... Pfund 1.95
 Grüne Erbsen... Pfund 1.95
 Linsen... Pfund 4.25

Haferflocken... Pfund 3.20
 Maisgries... Pfund 2.85
 Kunsthonig... Pfund 4.40
 Pflaumen... Pfund 4.75

Bandnudeln... Pfund 7.50
 Brikäse... Pfund 7.50
 Salzheringe... 60 Pf.
 Bücklinge... Pfund 4.90

Wurst

Leberwurst... Pfund 14.00
 Jagdwurst... Pfund 18.00
 Landleberwurst... Pfund 20.00
 Fleischwurst... Pfund 20.00
 Grobe Mettwurst... Pfund 21.00
 Teewurst... Pfund 25.00

Schweine-Schmalz - garantiert rein Pfund 11.90

Dänische Sahne - Flasche 6.00

Prima Margarine - Pfund 10.25

Knorr's Hafermehl 1⁰⁵
Deutscher Kakao 18⁷⁵

Tilsiter Käse 6²⁰
Gouda-Käse 9⁸⁵

Rangoon-Vollreis 2⁸⁵
Amerikan. Sahne 9²⁰

Kaffee - frisch gebrannt, 1/2 Pfund
 9.00 10.00

JANDORF

Belle-Alliance-Strabe Grobe Frankfurter Strabe Brunnenstrabe Kolthuser Damm Wilmersdorfer Strabe

Gehacktes Rindfleisch - Pfund 13.00

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus - Versiegelt
Schauspielhaus - Die Sterne
Deutsches Theater - Cisar und Kleopatra
Kammerspiele - Stella
Gr. Schauspielhaus - Passion
Königsplatz - Jekaterina
Komödienhaus - Die Sache m. Lola
Berliner Theater - Die spanische Nachtigall
Residenz-Theater - Die Freundin
Trianon-Theater - Die Gesehacht des Abbé Chateauf
Rose-Theater - Deserteure

Apollo-Theater - Madame Dubarry's Liebesleben
 Saharet

Folies Caprice - Pfeffer und Salz
Königstadt-Theater - Die rote Schuhe
Schall und Rauch - Die Rose von Stambul

Metropol - Wenn Liebe erwacht
Kleines Theater - Der verjüngte Adolar
Casino-Theater - Der Großfürst
Scala - Die 730 Varieté-Bühne

Park-Restaurant Südende - Tanz-Abende

3 enorm billige Inventur-Verkaufstage - bis 12. Februar
Perser und Deutsche Teppiche
Emil Lefèvre - Oranienstr. 158.

Der Komponist E. N. v. Reznicek
Grammophon-Spezialhaus - Berlin nur W 8 - Friedrichstraße 189

Für Wiederverkäufer! - Quitten-Marmelade, Jams-Marmelade, Dreifrukt-Marmelade, Amerikanische Sahne, Kakao, Nuß-Schokolade, Narzipan-Schokolade, Schokoladen-Printen, Gebr. Kaffee, Feinste Tafelöle, F. P. Adolf Kauffmann

Tresortür - feuer- und einbruchssicher

Achtung! Händler! - Prima Maccosenkel, Stellengesuche, Stellenangebote, Vorzeichner

Tüchtige Verkäuferinnen für Kurzwaren, Herrenartikel, Damenwäsche, Weißwaren, Stickereien, Kassiererinnen

A. Jandorf & Co. Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 118/119

Beratungen der deutschen Gegenvorschläge.

Berlin, 2. Februar. (WZ.) Im Auswärtigen Amt fand heute unter Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen eine Sitzung von Sachverständigen statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in der Entscheidungssitzung im einzelnen zu erörtern und die deutschen Gegenvorschläge vorzubereiten. Der Reichsminister des Auswärtigen gab zunächst einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage, soweit sie sich auf das Entscheidungssitzungsproblem bezieht. Die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Pariser Beschlüsse wurden hier bei besonderer Beachtung. — Nach eingehender Beratung der einzelnen in Frage kommenden Probleme durch die Anwesenden wurde ein engerer Arbeitsausschuss eingesetzt, der seine Beratungen am nächsten Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuss gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanz-, der Landwirtschaft, der Seefischerei und der Arbeitnehmer an.

Die Pariser Kammerdebatte.

Paris, 2. Februar. (WZ.) In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer wurde die Interpellationsdebatte auszufassen und frühere erste Finanzsachverständige Frankreichs bei der Friedenskonferenz

de Cassyrie.

Nach seiner Ansicht müsse man anerkennen, daß der Ministerpräsident unter besonders schwierigen Umständen verhandelt habe, da die Politik Frankreichs in der Entscheidungssitzung schwankend gewesen sei. Nachdem man geschrieben habe, Deutschland werde alles zahlen, habe man einsehen müssen, daß es nicht genüge, diese Behauptung aufzustellen. Man habe mit den Verbündeten von „Porfall“ gesprochen. Wer aber jetzt sage, meine damit nachsch. In politischer Beziehung bedeute das Pariser Abkommen einen Erfolg, weil die alliierte Front gegenüber Deutschland wiederhergestellt wurde, das den Versuch gemacht habe, die Alliierten zu vernichten. In finanzieller Beziehung seien die Ergebnisse nicht so befriedigend. Lordeau rufe zwar „führen wir den Friedensvertrag aus!“, der Vertrag aber sei

ein ziemlich mangelhaftes diplomatisches Instrument.

Aber er sei eben vorhanden. Die Reparationskommission habe ihre Rechnung noch nicht aufgestellt. Der Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Dubois, habe den Schaden an Personen und Sachen auf zweihundert Milliarden geschätzt zu einer Zeit, zu der von Beschäftigten noch nicht die Rede gewesen sei. Das Abkommen von Paris bedeute ein Opfer Frankreichs. Wenn man einen Diskont von 6 Proz. berechne, könne man den Anteil, den Frankreich erhalten werde, auf rund 55 Milliarden berechnen. Wenn man bedenke, daß der französische Handel wesentlich gestiegen sei, und zwar von 4 Milliarden auf 22 Milliarden, müsse man annehmen, daß auch der deutsche Außenhandel in gleicher Höhe in die Höhe gehen werde.

Der Abgeordnete de Cassyrie fährt weiter aus: in Frankreich gebe es keine Imperialisten. Aber man müsse doch wissen, ob Deutschland zahlt. 1871 hätten die Deutschen als Sicherheitsleistung für die Zahlung territorialer Opfer genommen. Lordeau ruft: Wenn Deutschland die Vertragsklauseln nicht ausführe, werde die Befehlshaberfrist verlängert. de Cassyrie fährt fort: Wenn Deutschland in den ersten 15 Jahren seine Annuitäten bezahlt hat, hat es damit schon die Klauen ausgefüllt. Der Abgeordnete ergeht sich dann in Betrachtungen über die Prosperität der deutschen Industrie und über das angebliche „Märchen des Gloms“ in Deutschland. Sie läuschen die Alliierten, ob es sich um die Eisenbahnen oder die Finanzen handle. Deutschland habe nur 100 000 Mann unter den Waffen, Frankreich 700 000 bis 800 000 Mann. Sie seien in den nächsten, anstatt in den nächsten und auf dem Felde. Der Abgeordnete sagt, die Sachverständigen in Brüssel hätten als Zahlungsfähigkeit Deutschlands 3 Milliarden Jahreszahlungen abgeschätzt. Sehr hohe man nur 2 Milliarden vor. Minister Doussour ruft: Für 3 Jahre sehen wir 19 Milliarden vor. Die Sachverständigen sprachen nur von 15 Milliarden. de Cassyrie verlangt Klärung darüber, ob

die 20 Milliarden Goldmark

erster Zahlung von der Gesamtschuld abgezogen würden. Finanzminister Doumer erwidert, diese 20 Milliarden Goldmark seien eine Sicherheitsleistung für die Ausgaben, die zu truppen, seien eine Sicherheitsleistung für die Ausgaben, die zu Besten Deutschlands gingen, besonders für die Unterhaltung der Besatzungstruppen. Der Abgeordnete Puch ruft demgegenüber: „Das hätte in dem Abkommen vorsehen werden müssen!“ de Cassyrie will auch Klärung haben über die Naturalleistungen Deutschlands und über die Lieferung von Holz, Kohlen und ähnlichen Produkten. Er befürchtet, daß Frankreich große finanzielle Schwierigkeiten in den nächsten Jahren haben werde. Der Finanzminister müsse ein vollkommenes Programm aufstellen. Deutschland müsse internationale Anleihen aufnehmen und Frankreich müsse ein Abkommen mit kleinen Alliierten über die Tilgung der deutschen Schuld treffen. Nach dieser Richtung genüge das Abkommen von Paris nicht. Während des Krieges oder vor 18 Monaten hätte man derartige Verhandlungen leichter erzielen können. Sowohl Lloyd als auch Ministerpräsident Briand beschäftigen, daß die Erzielung der finanziellen Solidarität Schwierigkeiten gemacht habe und noch mache. Briand sagt, 1916 habe eine wirtschaftliche Konferenz stattgefunden. Er habe damals den Grundgedanken der Solidarität ergriffen.

de Cassyrie beendet seine Rede, indem er ausführt, Ministerpräsident Briand müsse den Deutschen, die nach London kämen, am 1. März (1), begreiflich machen, daß Frankreich weitere Zugeständnisse nicht machen könne, und daß, wenn es weiter entgegenkäme, es einen Zusammenbruch erleide. Er habe Vertrauen zu Briand, daß er die Interessen Frankreichs verteidigen werde.

André Desjoux

erklärt, die Entscheidungen, die über die Entlassung in Paris getroffen worden, befriedigen (?), was er jüngst in der Kammer gesagt habe. Nach seiner Ansicht hätte man nach dem Abkommen von Boulogne 41 200 000 000 M. bekommen, nach dem Abkommen von Paris erhalte man 33 282 000 000 M. Wenn man die deutsche Ausgabe mit durchschnittlich 14 Milliarden berechne, könne man durch die Ausfuhrsteuer zu fast gleichen Ergebnissen kommen, wie sie in Boulogne vorgelesen worden seien. Die Ausfuhrsteuer von 25 Milliarden, die Doucheur angegeben habe, könne ihm nicht zuzurechnen, aber man habe doch vor dem Paradoxon, daß Deutschland einander prosperiere, so daß es möglich sei, für 25 Milliarden jährlich auszuführen, oder Deutschland führe nicht aus, dann könne es eben nicht bezahlen. Eine amerikanische Gesellschaft habe für die deutschen Eisenbahnen 25 Milliarden geboten (?), es gebe aber auch noch andere Werte in Deutschland. Man dürfe keine Politik der Schwäche betreiben, denn diese führe notwendigerweise zum Kriege. Wenn Deutschland nicht bezahle,

Vom preussischen Wahlkampf.

Wie man in Altpreußen Wahlen machte.

Ohne jeden Grund zernern heute die Reaktionsäre über Wahlbeeinflussung durch die Regierung. Wie es das konservative Altpreußen machte, dafür folgende Beispiele:

In Erwiderung auf eine Rede des Zentrumsabgeordneten Spahn führte Reichskanzler Fürst Bismarck am 25. Februar 1867 im Reichstage aus:

Der Herr Abgeordnete Spahn hat sich auch beschäftigt mit der Haltung der Regierung und mit meiner Haltung gegenüber den Wahlen. Er hat von Wahlbeeinflussungen gesprochen. Ich nehme für die Regierung und ich nehme für mich das Recht in Anspruch, bei den Wahlen die Wähler aufzufordern über die Absichten der Regierung und über die Absichten der Gegner der Regierung. Von diesem Rechte werde ich bei künftigen Wahlen sogar in noch viel weiterem Umfang Gebrauch machen. Da werde ich Ihnen, meine Herren von der äußersten Linken, noch ein ganz anderes Lied vorblasen. Das wäre noch besser, wenn gegen die Regierung mit den unerhörtesten Beschimpfungen und Wahlscheudrungen vorgegangen wird, der Regierung aber verblüdet man das Maul, die soll nicht einmal antworten dürfen! Nein, meine Herren, wenn wir angegriffen werden, so antworten wir. Wenn man auf uns schließt, so schließen wir wieder. Das geschieht in anderen Ländern auch so Gerade in den konstitutionell-parlamentarisch regierten Ländern nehmen die Minister noch einen viel größeren Anteil an dem Wahlkampf, als das, wenigstens bisher, bei uns der Fall gewesen ist.

Genau im gleichen Sinne hat sich auch Bismarck am 18. April 1866 im Reichstage des Norddeutschen Bundes ausgesprochen:

„Ich nehme für die Regierungen das Recht in Anspruch, daß sie durch jedes Mittel und jedes Organ fundieren, wenn sie selbst gewählt zu werden wünschen. Es liegt das in der Wahlfreiheit der Regierungen, die ebenfals ihre Berechtigungen haben, wie die Parteien und die den Regierungen entgegengesetzten Parteien. Ich glaube, darauf, zu wissen, wenn die Regierungen gewählt zu werden wünschen, haben die Wähler ein Recht, ebenso wie die Regierungen das Recht haben, das kundzugeben.“

Die Wähler, die die Absicht haben, Kandidaten zu wählen, die der Regierung genehm sind, würden in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigt werden, führt Bismarck weiter aus, wenn sie nicht erlauben, wer diese genehmten Kandidaten sind. Der erste Kongress des Deutschen Reiches erklärte dann weiter:

„Ich erlaube nur das Wort, um dieses Recht der Regierung im Betreff zu konstatieren. Die Bundesregierungen haben das Recht zu einem freien Glaubensbekenntnis in Bezug auf die Wahl und auf die Person, die sie gewählt zu werden wünschen, ebenfals wie jeder Privatmann. Wo sie nicht das Recht haben, das ist irgendwelche Beeinflussung durch Drohungen, durch die Anstiftung von Parteien oder Nachteilen, wenn so oder so gestimmt wird.“

Denselben Standpunkt hat Bismarck auch in einer Reichstagsrede am 3. März 1881 vertreten, indem er erklärte:

„Es gibt manchmal Wähler, die wollen gerade so stimmen wie die Regierung, die halten die Regierung für weiser als sich selbst — gewiß sehr im Unrecht, aber es gibt solche! —, die sagen: wir wünschen den Kandidaten der Regierung zu kennen und wollen für den stimmen. Hat nun die Regierung das Recht, sich darüber auszusprechen und die Wahlfreiheit dieser Wähler durch ihr Einschweigen zu verkrüppeln? Ich weiß das nicht, das ist eine Frage, die diskutiert ist. Aber es sind doch auch Menschen, die die Regierung bilden. Es sind Personen, Urwähler und haben das Recht, ihre Meinung durch die Presse kundzugeben, so gut wie ein anderer.“

Wenn man diese Stimmen der Vergangenheit hört, so begreift man die Heuchelei der rechtsstehenden Presse, die sich jetzt auf die gegenwärtige preussische Regierung stützt, weil sie vor den Wählern Rechenschaft abgelegt hat über das, was sie geleistet hat. Denn was Bismarck recht, was Bismarck billig war, das wird so wohl noch in erheblicher beschuldenerem Umfang der roten preussischen Regierung erlaubt sein. Oder will man nicht einmal den Bayern befehlen, daß das ganz etwas anderes ist?

Ein Mahnruf an die Angestellten.

Unter den furchtbaren Wirkungen des Weltkrieges waren die Angestellten erwaht und stürzten in Säoren in Gewerkschaft und Partei. Leider muß gesagt werden, daß ein Teil der Angestellten auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiet bald von einer Mäßigkeit befallen wurde. Fragen wir, warum wurden die Angestellten in Handel und Industrie politisch und gewerkschaftlich so jähnel müde?

Mit der Durchführung der sozialistischen Forderungen ging es einem Teil der politischen Erwachten nicht jähnel genug vorwärts.

hann müsse man dort die Hälfte des Wertes des französischen Handels haben, und das sei kein einfacher willkürlicher Spitzweg.

Wenn man aber nicht nach Deutschland gehe, um das Geld zu holen, dann werde es nicht bezogen.

In Deutschland zeige sich schon jetzt eine Solidarität der Interessen bei allen Klassen der Bevölkerung. Sie wollten nicht bezahlen (?). In Frankreich aber gebe es eine Solidarität der Klassen, damit man bezahlt werde. Letztere begünstigte den Ministerpräsidenten, daß er sich nicht gebunden habe, und daß er vor das Parlament gekommen sei, bevor er Verpflichtungen übernommen habe, namentlich in betref des Vertrages von Sèvres.

Ministerpräsident Deland sagt: Beweisen Sie nicht meine Aufgabe. Sie haben an der Regierung teilgenommen, die diesen Vertrag ausgehandelt hat. Jetzt wird man in London darüber verhandeln. Mehr kann ich darüber nicht sagen.

Letztere schließt: Die Welt müsse wissen, daß das französische Parlament und Frankreich nicht geneigt seien, alles mit verdunkelten Augen hinzunehmen. Der Abgeordnete Jorgend erklärt, daß nach seiner Ansicht der Vertrag von Paris den Vorteil habe, mit der Unsicherheit zu brechen, die der Vertrag von Versailles geschaffen habe. Es sei ein Vorzug, daß nicht die Reparationskommission, sondern die Regierungen jetzt die Ziffern festgelegt hätten. Dadurch habe man eine Solidarität für etwa notwendige Zwangsmaßnahmen getroffen. Das Abkommen von Paris sei insoweit ignobil, als es mögliche Annuitäten zusammenzufassen mit der Globalsumme. Es sei auch zu billigen, daß man für die Berechnung der Schäden nicht den augenblicklichen hohen Preis, sondern einen mittleren Preis annehmen wolle.

Paris, 2. Februar. Bis Havos berichtet, hat Doucheur gestern in der Kammer gesagt, es sei notwendig, daß die deutsche Handelsbilanz mit 9 bis 10 Milliarden aktiv sei.

Neue Kommunistenwerbungen in Frankreich. Nach Mitteilungen aus Marseille sind dort vier Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden. Auch diese Verhaftung steht im Zusammenhang mit den in Paris eingeleiteten Untersuchungen über die kommunistische Propaganda.

Bereits in den Novembertagen des Jahres 1918 wurden die Angestellten zu unglücklichen Demonstrationen, Versammlungen an groß und anderen Dingen aufgefordert. Zur praktischen Arbeit kam es nie. Bei all dem Hebelmaß wurde der Unternehmer der Lacherei Dritte.

Welch schwere und bittere Kämpfe hat es vom Fall des Scheiterns bis zum Ausbruch des Weltkrieges mit dem Unternehmertum gegeben. Inwiefern, je schärfer die Kampfarten der Unternehmer wurden, desto tiefer drängten sich die Arbeitnehmer in ihren Gewerkschaften zusammen. Ein kurzer Rückblick auf den Entwicklungsgang der Gewerkschaften zeigt, daß durch diese harten Kämpfe die Mitgliederzahl vom Jahre 1891 (278 000) nach 25jähriger Tätigkeit im Jahre 1914 die Zahl auf 2 250 000 stieg.

Vor dem Kriege gründeten die Unternehmer sogenannte „wirtschaftsrechtliche“ Vereinigungen und zahlten dazu ein anfängliches Trauergeld. Heute spart der Unternehmer Geld und die Gründer Arbeit. Betrachte man den Kampf der Mitglieder innerhalb einer Gewerkschaft um die Verwaltungskosten und die elende Verplitterungsarbeit von Leuten, die vor dem Kriege in Gewerkschaft und Partei unerschöpfliche Blätter waren, dann bekommt man, wenn die Zerstörungswut so weiter geht, ein Grauen vor der Zukunft. Heute sind die U.S.P.D. untereinander Freunde, und morgen, wenn der Spaltungssplitt seine Arbeit getan hat, bekämpft man den Freund als Arbeiterverräter, prahlt mit seiner Bräutigamsfestigkeit, trotzdem man Meinung und Programm seit der Revolution bereits drei- bis viermal gewechselt hat. So war der Gang der U.S.P.D. gegen die S.P.D., der S.P.D. gegen die U.S.P.D. und S.P.D., wiederum gegen die S.P.D.

Im Hinblick auf die am 20. Februar stattfindenden Landtagswahlen sei noch kurz auf die Arbeiten der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag zu sprechen. Nach dem Zusammenbruch gab sich Preußen eine demokratische Verfassung. Das alte Dreiklassenwahlrecht war erloschen. Ein jeder Bürger bekam das Recht, seine Kinder vom Religionsunterricht zu befreien. Leider wird von dem Rechte in den radikal organisierten Stadtteilen sehr wenig Gebrauch gemacht. Wichtig und erfolgreich war die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei auf dem Gebiete des gesamten Schulwesens. Besonders der Initiative des Genossen Einbeinert ist der Plan zur Schaffung einer Akademie der Arbeit zu verdanken. Er wurde vom sozialdemokratischen Kultusminister unterstützt und gefördert. Das Verbot der privaten Eilektervermittlung, die Reformierung der Gewerbeinspektion und des Koalitionsrechtes sind Produkte der rastlosen Arbeit der Sozialdemokratischen Partei. Und nicht zuletzt bildet die Verordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung eine nicht zu unterschätzende Waffe der Betriebsräte in Ausübung ihrer Pflichten gegenüber dem Unternehmertum.

Angestellte in Handel und Industrie

Der preussische Finanzminister Genosse Lüdemann, wird über all diese wichtigen Fragen am Freitag, den 11. Februar, abends 7^{1/2} Uhr, in den Rüststätten, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, zu den Angestellten sprechen. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Jede gewerkschaftliche und politische Mäßigkeit muß überwunden werden. Trotz aller Phrasen heißt es für die Angestellten: Festhalten am Ziel, festhalten an der Arbeit, wenn der Weg auch steinig ist. Denn gerade die Angestellten stellen die Löhner der Produktion in der sozialistischen Wirtschaftsordnung sein. Angestellte, hinein in Gewerkschaft und Partei!

Ins eigene Nest!

Die „Deutsche Volkspartei“ hielt jüngst in der Wisa, Wetzlar, 39, eine Wählerversammlung ab, deren Verlauf in ihrer Beziehung bemerkenswert ist. Als nämlich die Einberufer aus Zuschauern erkannt hatten, daß eine große Anzahl Sozialdemokraten in der Versammlung war, erschien plötzlich, offenbar von ihnen alarmiert, ein starkes Aufgebot Schutzpolizei im Saale, das aber unrichtiger Sache wieder abziehen mußte, da absolut nichts für die Polizei zu tun war, denn unsere Genossen verhielten sich musterhaft. Ohne die Versammlung zu stören, traten sie dem Referenten durch eine Anzahl Diskussionsredner in einträglichster Weise entgegen.

Rund um zu dem Referenten, vielmehr zu den Referenten. Es waren nämlich ursprünglich zwei Referenten vorgesehen. Der erste war ein Geheimere Referent Herr Kraich, der furchtbar über das „Landfremde Gestalt“ Dr. Cohn, Hirsch u. a. schimpfte. Darauf verzichtete plötzlich der zweite vorgesehene Referent auf Herr, sein Name lautete zufällig — Dr. Kallischer! Sollte dem Herrn durch die Ausführungen seines Vorgesetzten etwas schmal zu Ruze gemorden sein?

Zwangsanleihe in Polen.

Warschau, 2. Februar. (WZ.) Finanzminister Sieczkowski hat sich entschlossen, von dem Gesetz über die Zwangsanleihe Gebrauch zu machen und den Finanzminister Ryzarski mit der Ausarbeitung einer diesbezüglichen Verfügung beauftragt. Der Entwurf der Verfügung wurde dem Minister zur Begutachtung bereits vorgelegt. Unabhängig von der Zwangsanleihe wird in weiterer Folge über den Entwurf der einmaligen Vermögensabgabe beraten.

Der Entschluß der polnischen Regierung offenbart das Finanzelend Polens in seiner ganzen Größe. Neben Rußland und dem in seiner letzten Bestalt unangenehm kumpfsüchtiger Despoten ist Polen das kapitalistischste Land Europas. Dementsprechend sind die dortigen Lebensbedingungen. Wenn die polnischen Agitatoren in Oberschlesien wieder versichern, die polnische Regierung werde den deutschen Markkurs nicht antasten, auch wenn Oberschlesien an Polen falle, so ist das einerseits ein großes Eingeständnis dafür, daß Oberschlesien Deutschland als wirtschaftliche Rückendeckung gar nicht entbehren kann, und andererseits eine recht ungeschickte Maßnahme. Ein Staatsgebäude mit doppelter Währung wäre ein Animum in der Weltgeschichte, dessen Tage bald gezählt wären.

Die Goldsendung nach Frankreich.

Berlin, 2. Februar. (WZ.) Zu der von anderer Seite gebrachten Mitteilung, daß 24 Tonnen Gold von Deutschland nach Frankreich transportiert worden sind, hören wir von ausländischer Seite folgendes: Die Nachricht ist richtig. Es handelt sich hierbei um zwei Golddepots der Dette publique Ottomane in Höhe von 60 Millionen Mark Gold, die auf Grund des Friederichsvertrages den alliierten Regierungen zu übergeben waren. Die Uebereignung ist erfolgt, nachdem die Dette publique Ottomane ihre Zustimmung erteilt hat. Der Goldbestand der Reichsbank wird durch die Ueberführung der beiden Golddepots nach Paris nicht vermindert.

